Nachbericht zur Veranstaltung „Münsterlandgespräch“
vom 17.09.2015 in Münster

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro NRW

„Wir brauchen Mehrheiten“

Europa zwischen Sparpolitik und gemeinsamen Werten

Am Donnerstag, dem 17.09.2015, lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Veranstaltung „Europa zwischen Sparpolitik und gemeinsamen Werten“ in der Reihe Münsterlandgespräch nach Münster. Die geladenen Redner_innen: Till van Treeck, Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg Essen, Antonia Kühn vom DGB Nordrhein-Westfalen und Andrea Arcais, Sprecher des Arbeitskreis Europa der NRWSPD diskutierten über den Spagat zwischen sozialen Werten und Sparmaßnahmen („Austerität“) in Europa.

Prof. Till van Treeck

Den Anfangsimpuls lieferte **Till van Treeck**. Eindringlich warnte er davor, dass sich die Ereignisse von 1929 wiederholen könnten. Damals rutschte Europa durch Kurseinbrüche am amerikanischen Finanzmarkt in eine schwere Krise, die die politischen Lager auseinanderdriften und radikalisieren ließ. Sie erhielten starken Zulauf, der zu verstärktem Nationalismus bis hin zu Faschismus und Nationalsozialismus führte. Auch heute sei die Situation ähnlich, die Eurozone sei durch die internationale Finanzkrise, die ihren Ursprung in den USA hatte, selbst unter Druck geraten und habe durch verfehltes Krisenmanagement die nationalistischen Kräfte in Europa, insbesondere in Frankreich gestärkt.

Der Terminologie „Staatsschuldenkrise“ erteilte van Treeck eine klare Absage: Die EU-Kommission habe Spanien und Irland immer gelobt, dass sie den Stabilitäts- und Wachstumspakt so gut einhielten, während Deutschland regelmäßig Blaue Briefe von ihr bekam. Die Krise zeige nun, dass diese Faktoren zur Bewertung einer Volkswirtschaft nicht ausreichen. Vor allem die Ungleichheit der Leistungsbilanzen habe eine viel wichtigere Rolle als die der Staatsschulden gespielt. Er hielt deutschen Politiker_innen vor, den Terminus „Staatsschulden“ immer auf die moralische „Schuld“ zu reduzieren, obwohl das sowohl ökonomisch als auch ethisch unsinnig sei. Innerhalb der Eurozone gebe es aufgrund fehlender Wechselkurse zwischen den Ländern keine Möglichkeit zur rein nominalen Auf- und Abwertung mehr, was bei einem nationalen Konjunkturrückgang höhere Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig sinkenden Löhnen für die Arbeitnehmer_innen nach sich zieht.

Die öffentliche Wahrnehmung sei zudem durch einseitige Medienberichterstattung und fehlenden Diskurs in der politischen Bildung in deutschen und französischen Schulen in die Richtung beeinflusst worden, vor allem dem neoliberalen politischen Mainstream zu glauben. Seine eigenen Positionen

bezeichnete van Treeck als „nicht extrem“ und „Mainstream in der Makroökonomie“. Er zitierte die vermeintlich konservativen Lagarde und Juncker, die ihrerseits Deutschland Sozialdumping vorwerfen und schloss, dass Wissenschaft und Politik ideologisch entfremdet seien. Er warf Syriza, der Partei des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras, Populismus vor, da sie die internationale Eurokrise national lösen wollte, obwohl das von vornherein unmöglich sei. **Antonia Kühn** brachte die Sicht der Arbeitnehmer_innen und der Gewerkschaften auf das Thema mit in die Runde. Sie warf der europäischen Politik verfehlte Ideologie vor, die sich in neoliberalen Fehlentscheidungen manifestiere. So führe die „Rezeptur“, Lohnsenkungen und die Kürzung von Staatsausgaben kombiniert mit Privatisierungen und hohen Steuern nur zu einer Verschärfung der Lage. Genau wie van Treeck kritisierte sie, dass reale Kursabwertungen zu starken Lohnkürzungen geführt hätten und der Mindestlohn – und damit auch der Arbeitnehmer_innenschutz – in Griechenland auf 3,35€ gesenkt wurde. Die Bevölkerung verarme, besonders dramatisch die Jugend. 4,7 Millionen Jugendliche seien zurzeit in der EU arbeitslos, besonders in den Krisenländern Griechenland und Spanien mit Quoten von bis zu 50%.

Antonia Kühn

Des Weiteren warnte sie vor der Arroganz deutscher Wirtschaftspolitik. So hätten zwei Dutzend deutsche Unternehmen Coaching Days für Bewerber_innen in krisengebeutelten Ländern angeboten, was allerdings die Ursache der Arbeitslosigkeit – den hohen Arbeitsplatzmangel – nicht bekämpfe. Zudem bräche der griechische Wissenschaftsbetrieb zusammen. Etliche Wissenschaftler_innen hätten das Land bereits verlassen, die griechischen Hochschulen seien nicht einmal mehr digital mit den wichtigsten Bibliotheken vernetzt und seien daher arbeitsunfähig.

Aber die Gewerkschafterin bot ein Paket an Gegenlösungen an: Um das weitere Abwürgen der Wirtschaft in den Krisenländern zu vermeiden, müsse jetzt vor allem investiert werden. So habe das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung berechnet, dass jeder öffentlich ausgegebene Euro zwischen 1,30€ und 1,80€ zusätzliches Wachstum bringen könne. Auch sie warnte vor verstärktem Nationalismus sowohl in den Krisen-, als auch in den stabilen Ländern.

Andrea Arcais beschrieb die Krise aus dem Blickwinkel der sozialdemokratischen Politik und zeigte die drei größten Widersprüche im politischen Europa auf. So sei es zwar ein Leichtes, für Soziale Gerechtigkeit zu werben. Sowohl Bevölkerung als auch Politik könnten sich gut damit identifizieren und fänden sich selbst in dem Konzept wieder. Nichtsdestotrotz würden die Wähler_innen – aus Angst vor eigener Betroffenheit – im Zweifelsfall gegen Umverteilungsmaßnahmen stimmen und die Politik wolle dies nicht gegen den Mehrheitswillen durchsetzen. Der zweite Punkt sei, dass auch eine verstärkte europäische Integration, vor allem mit Blick auf den Finanzsektor sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft großen Rückhalt hätten, Eurobonds aber nicht akzeptiert würden. Und schließlich stünden den Exportüberschüssen in Deutschland, die, wie van Treeck bereits erklärt hatte, nur durch die Verschuldung anderer Länder zustande kommen können, die Sorge um deutsche Arbeitsplätze gegenüber, die das Thema quasi unverhandelbar werden ließe.

Andrea Arcais (SPD)

Auch die Sozialdemokratie selbst sei in den letzten 20 Jahren auf den „neoliberalen Mainstream“ aufgesprungen, wie z.B. in Großbritannien an der „New Labor“ oder in Deutschland an der „Agenda 2010“ gut zu erkennen sei. Dies zeige, dass die aktuelle Form der Wirtschaftspolitik nicht „par ordre du Mufti“ einer dunklen Macht, sondern durch die breite Mehrheit von Staat und Gesellschaft zustande gekommen sei.

Syriza habe bewusst vorgetäuscht, diese Geisteshaltung in Europa ändern zu können, obwohl das von nationaler Ebene unmöglich sei. Reine Gegenparolen wider die Austeritätspolitik auszurufen, ohne eine Alternative anzubieten, sei keine Politik. Dazu käme, dass Tsipras die Schwächung seiner eigenen Verhandlungsposition in Brüssel mit der Volksabstimmung über das Papier der Kommission in Kauf genommen habe, um sich selbst national besser aufzustellen.

In der abschließenden Publikumsdiskussion wurde die Frage nach einheitlichen europäischen Steuersätzen laut. Till van Treeck und Andrea Arcais bezeichneten die Idee als richtig und sozialdemokratisch, wiesen aber darauf hin, dass sie unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in Europa kaum durchzusetzen sei.

Kühn, van Treeck, Weinert, Arcais (v.l.n.r.)

Antonia Kühn warnte vor den Folgen der starken Wachstumspolitik in Europa, die sogar von sozialdemokratischen Parteien vorangetrieben worden sei. Vernünftige Investitionspolitik brauche den Dreiklang „sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit“. Sie warb für das Programm NRW 2020 des DGB, das gegen den herrschenden Usus der Zeitverträge – vor allem im akademischen Bereich – vorgeht. Deutsche Sozial- und Arbeitnehmer_innenrechte müssten europäisiert werden, um einen gemeinsamen Standard nicht zu unterschreiten. Die Forderung aus dem Publikum nach einer europäischen Föderation wurde von allen dreien begrüßt, aber als aktuell politisch unrealistisch eingeschätzt. Grund dafür sei die Zusammensetzung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene. „Wir brauchen Mehrheiten!“, so Arcais und forderte ein gesellschaftliches Umdenken: „Der Zeitgeist muss sich einfach ändern, das ist nicht unmöglich.“. Er erinnerte daran, dass die gleichgeschlechtliche Ehe vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen und jetzt Realität geworden sei.

Zum Schluss warben alle drei Podiumsteilnehmer_innen dafür, Griechenland nicht abzuschreiben. Ein Altschuldentilgungsfonds müsse her, so Arcais. „Wenn wir uns sagen, dass wir das hinkriegen, dann ist das auch hinzukriegen“. „Solange niemand sagt „Ihr seid pleite!“, solange kann ein Land auch nicht bankrottgehen.“, so van Treeck.

Aktueller konnte die Thematik kaum sein, denn am darauffolgenden Sonntag wurde in Griechenland wieder gewählt, wobei Syriza – wenngleich unter anderen Vorzeichen – erneut gewann.

Text: Roland von Kintzel
Redaktion: Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung
Fotos: Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung